

Niederschrift

Gremium	Sitzung - SR/063(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Stadtrat	Donnerstag, 02.05.2013	Ratssaal	14:00Uhr	20:20Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Bestätigung des Beschlussprotokolls der 62.(V) Sitzung des Stadtrates am 04.04.2013
- 4 Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse T0064/13
- 5 Aktuelle Debatte "Beteiligung der LH MD an Kostenaufwachsen im ÖPNV der MVB" T0070/13
- 6 Beschlussfassung durch den Stadtrat

6.1	Jahresabschluss 2011 der Betreibergesellschaft Forschungs- und Entwicklungszentrum Magdeburg mbH (FEZM) BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0044/13
6.2	Maßnahmen gegen die Abwanderung junger Menschen, insbesondere qualifizierter Frauen BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit	DS0085/13
6.2.1	Maßnahmen gegen die Abwanderung junger Menschen, insbesondere qualifizierter Frauen Ausschuss RWB	DS0085/13/1
6.3	"Aufhebungssatzung Gebührensatzung und Benutzungssatzung des Städtischen Frauenhauses" BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit	DS0078/13
6.4	Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 254-1 "Zuckerbusch West" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0006/13
6.5	Einziehung und Teileinziehung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 229-2.1 "Düpplergrund" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0033/13
6.6	Fortführung Bebauungsplanverfahren Nr. 301-4 "Rennebogen" für den Teilbereich Nr. 301-4B "Mittlerer Rennebogen" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0057/13
6.7	Abwägung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 267-1.1 "Thomas-Mann-Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0068/13
6.8	Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 267-1.1 "Thomas-Mann-Straße" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0069/13
6.8.1	Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 267-1.1 "Thomas-Mann-Straße" Ausschuss StBV	DS0069/13/1
6.9	Abwägung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 366-3.2 "Am Neuber" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0464/12
6.10	Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 366-3.2 "Am Neuber" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0465/12
6.11	Straßenbenennung "Unter der Georgshöhe" BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr	DS0487/12
7	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	

7.1	Bäume Einsteinstraße Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV v. 08.11.2012	A0118/12
7.1.1	Bäume Einsteinstraße Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0118/12/1
7.1.2	Bäume Einsteinstraße	S0001/13
7.2	Torsten-Lamprecht-Brücke Interfraktionell WV v. 08.11.2012	A0130/12
7.2.1	Torsten-Lamprecht-Brücke SPD-Stadtratsfraktion und Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0130/12/1
7.2.2	Torsten-Lamprecht-Brücke	S0339/12
7.3	Verfahren für Preisträgernominierung "Das unerschrockene Wort" FDP-Fraktion WV v. 06.12.2012	A0134/12
7.3.1	Verfahren für Preisträgernominierung "Das unerschrockene Wort" Ausschuss KRB	A0134/12/2
7.3.2	Verfahren für Preisträgernominierung "Das unerschrockene Wort"	S0005/13
7.4	Westerhüsen, Salbke und Fermersleben lebenswerter gestalten Interfraktionell WV v. 06.12.2012	A0135/12
7.4.1	Westerhüsen, Salbke und Fermersleben lebenswerter gestalten Ausschuss UwE	A0135/12/1
7.4.1.1	Westerhüsen, Salbke und Fermersleben lebenswerter gestalten Verwaltungsausschuss	A0135/12/1/1
7.4.2	Westerhüsen, Salbke und Fermersleben lebenswerter gestalten	S0017/13
7.5	Bürgerhaushalt Stadträte Wendenkampf und Stage - future! - Die junge Alternative WV v. 06.12.2012	A0138/12
7.5.1	Bürgerhaushalt Ausschuss KRB	A0138/12/1
7.5.2	Bürgerhaushalt	S0016/13

7.6	Würdigung von Preisträgern der Stadt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV . v. 24.01.2013	A0001/13
7.6.1	Würdigung von Preisträgern der Stadt	S0035/13
7.7	Strategie zu Firmen- und Wirtschaftsansiedlungen FDP-Fraktion WV v. 24.01.2013	A0003/13
7.7.1	Strategie zu Firmen- und Wirtschaftsansiedlungen	S0029/13
7.8	Mitwirkung der Bevölkerung bei der Namensgebung von Haltestellen der Magdeburger Verkehrsbetriebe FDP-Fraktion WV v. 06.09.2012	A0081/12
7.8.1	Mitwirkung der Bevölkerung bei der Namensgebung von Haltestellen der Magdeburger Verkehrsbetriebe	S0291/12
	Neuanträge	
7.9	Verkehrssituation Hängelsbreite Fraktiion CDU/BfM	A0064/13
7.9.1	Verkehrssituation Hängelsbreite FDP-Fraktion	A0064/13/1
7.10	Fahrbibliothek Fraktion CDU/BfM	A0065/13
7.11	Aufwertung Beimsplatz Interfraktionell	A0067/13
7.12	"30km/h - macht die Straße lebenswert" Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0057/13
7.13	Auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2025: Bewerbung um Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019 FDP-Fraktion und Fraktion CDU/BfM	A0056/13
7.14	Entlastung des EB SFM-Haushaltes FDP-Fraktion	A0058/13
7.15	Werbung mit und für die Elbe FDP-Fraktion	A0059/13
7.16	Magdeburger Hochzeitswiese FDP-Fraktion	A0060/13

7.17	Benennung von Kitas zum Gedenken an den Magdeburger Musiker Reinhard Lakomy SPD-Stadtratsfraktion	A0048/13
7.17.1	Benennung von Kitas zum Gedenken an den Magdeburger Musiker Reinhard Lakomy FDP-Fraktion	A0048/13/2
7.18	Ehrendes Gedenken an Reinhard Lakomy Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0050/13
7.18.1	Ehrendes Gedenken an Reinhard Lakomy Fraktion CDU/BfM	A0050/13/1
7.19	Übernahme von Kostenaufwachsen der MVB GmbH & Co. KG durch die LH MD Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0051/13
7.20	Prüfung der Einführung der „Dreck-Weg-App“ Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei	A0049/13
7.21	Sportarchiv für Magdeburg SPD-Stadtratsfraktion	A0053/13
7.22	Schnellere Anpassung der Kita-Software SPD-Stadtratsfraktion	A0063/13
7.23	Modellprojekte für Jugendarbeit SPD-Stadtratsfraktion	A0052/13
7.24	Sicherung der qualifizierten Auswertung der Forschungsgrabungen im Magdeburger Dom Interfraktionell	A0066/13
7.25	Erhalt der Linden auf dem Domplatz Fraktion Bündnis 90/Die Grünen	A0061/13
7.25.1	Erhalt der Linden auf dem Domplatz Interfraktionell	A0061/13/1
8	Einwohnerfragestunde Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.	
9	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung Aufgrund der aktuellen Debatte erfolgt die Beantwortung der vorliegenden Anfragen schriftlich durch die Verwaltung.	
10	Informationsvorlagen	
10.1	Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2012	I0071/13

10.2	Tätigkeitsbericht des Seniorenbeirates März 2011 bis Dezember 2012	I0092/13
10.3	Bürgerbeteiligung in der LH Magdeburg - innovative Beteiligungsverfahren in der Stadtentwicklung	I0004/13
10.4	Prüfung des Einsatzes eines Elektro-Busses im Linienverkehr der MVB GmbH & Co. KG	I0043/13
10.5	"Europäisches Jahr der Bürgerinnen und Bürger" (A0004/13)	I0048/13
10.6	Ausweisung von Postleitzahlen im Kurztitel von Drucksachen	I0055/13
10.7	Tourismuskonzept Wasserstraßenkreuz Magdeburg	I0069/13
10.8	Stand und Priorität erweiterter Kita-Platzkapazitäten 2012 bis 2014	I0084/13

Nichtöffentliche Sitzung

11	Anfragen und Anregungen an die Verwaltung	
12	Beschlussfassung durch den Stadtrat	
12.1	Personalangelegenheiten - Fraktionen BE: Oberbürgermeister	DS0154/13
12.1.1	Personalangelegenheiten - Fraktionen Interfraktionell	DS0154/13/1
12.2	Ankauf eines Grundstückes Beigeordneter für Finanzen und Vermögen	DS0143/13
12.2.1	Ankauf eines Grundstückes Interfraktionell	DS0143/13/1

13	Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge	
13.1	Titelverleihung Kammermusiker Interfraktionell	A0062/13
14	Informationsvorlagen	
14.1	Ergebnis der öffentlichen Ausschreibung des Grundstückes Universitätsplatz/Ostseite	I0075/13

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung, Begrüßung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit und Durchführung feststellender Beschlüsse

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst eröffnet die 63.(V) Sitzung und begrüßt die anwesenden Stadträte, Gäste, Mitarbeiter der Verwaltung und Medienvertreter. Sie stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Soll	56 Stadträtinnen/Stadträte		
Oberbürgermeister	1		
zu Beginn anwesend	42	“	“
maximal anwesend	50	“	“
entschuldigt	7	“	“

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst informiert, dass sie die Verpflichtung von Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, gemäß § 51 Abs. 2 Satz 1 GO LSA am 10.04.2013 vorgenommen und ihn auf seine Rechte und Pflichten gemäß §§ 30 und 31 GO LSA hingewiesen hat.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1783-63(V)13

Stadtrat Andreas Budde, SPD-Stadtratsfraktion, legt sein Mandat nieder und scheidet als Stadtrat aus.

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1784-63(V)13

Als Nachfolger für den ausgeschiedenen Stadtrat Andreas Budde, SPD-Stadtratsfraktion, wurde vom Wahlamt

Herr
Martin Hoffmann
Kirschweg 67
39118 Magdeburg

festgestellt.

Herr Martin Hoffmann hat das Mandat durch Erklärung vom 19. April 2013 angenommen.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst begrüßt Herrn Stadtrat Martin Hoffmann und verpflichtet diesen gemäß § 51 Abs. 2 Satz 1 GO LSA auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Amtspflichten und weist ihn auf seine Rechte und Pflichten gemäß §§ 30 und 31 GO LSA hin.

Stadtrat Martin Hoffmann, SPD-Stadtratsfraktion, wird künftig den Platz von Herrn Andreas Budde einnehmen.

Auf Antrag der SPD-Stadtratsfraktion nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1785-63(V)13

Durch das Ausscheiden von Herrn Andreas Budde ändert sich die Besetzung in den aufgeführten Gremien wie folgt:

Ausschuss

Kommunale Rechts- und
Bürgerangelegenheiten (KRB)

Neubesetzung

Stadtrat Martin Hoffmann

Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung
und kommunale Beschäftigungspolitik

Stadtrat Martin Hoffmann

Betriebsausschuss

Puppentheater

Stadtrat Martin Hoffmann

Gesellschafterversammlung

AQB
GISE

Stadtrat Martin Hoffmann
Stadtrat Martin Hoffmann

Aufsichtsrat

MMKT

Stadtrat Martin Hoffmann

Verwaltungsrat

Schiffshebewerk

Stadträtin Andrea Hofmann

Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei nimmt der Stadtrat durch feststellenden Beschluss zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1786-63(V)13

Folgende Änderungen ergeben sich in der Gremienbesetzung:

Betriebsausschuss Konservatorium

bisheriges Mitglied

neues Mitglied

Stadtrat Torsten Hans

Stadtrat Walter Meinecke

Ausschuss für Umwelt und Energie

bisheriges Mitglied

neues Mitglied

Stadtrat Bernd Krause

Stadtrat Walter Meinecke

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr

bisheriges Mitglied

neues Mitglied

Stadtrat Josef Fassl

Stadtrat Walter Meinecke

Thematischer Unterausschuss

bisherigen Mitglied

neues Mitglied

Stadtrat Torsten Hans

Herr René Hempel

Regionalversammlung der Regionalen Planungsgemeinschaft

bisheriges Mitglied

neues Mitglied

Stadtrat Torsten Hans

Stadtrat Walter Meinecke

Durch feststellenden Beschluss nimmt der Stadtrat zustimmend zur Kenntnis:

Beschluss-Nr. 1787-63(V)13

Der ausgeschiedene Stadtrat Torsten Hans hat seine Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss und in der Regionalen Planungsgemeinschaft beendet.

Dem Vorschlag der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhorst, die Wahl des Mitgliedes gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung des Jugendamtes offen durchzuführen, wird seitens des Stadtrates nicht widersprochen.

Der Stadtrat wählt gemäß § 4 Abs. 5 der Satzung des Jugendamtes einstimmig:

Beschluss-Nr. 1788-63(V)13

Herr René Hempel
Wilhelm Kobelt Straße 6
39108 Magdeburg

wird die Mitgliedschaft im Jugendhilfeausschuss anstelle des ausgeschiedenen Stadtrates Torsten Hans übernehmen.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst informiert, dass sie ein Schreiben von Herrn Jürgen Hollerbuhl vom 28.04.2013 zur 2. Nord-Südverbindung der Straßenbahn inklusive einer Unterschriftensammlung an die Fraktionsgeschäftsstellen und die fraktionslosen Stadträte ausgereicht hat.

Des Weiteren gibt sie auf Nachfrage bezüglich der Verbesserung der Aufnahmetechnik bekannt, dass es hierzu im Mai dieses Jahres eine Information des Oberbürgermeisters geben wird.

Bis dahin wird die Aufnahme der Sitzung und Einstellung über www.magdeburg.de in der bisherigen Weise erfolgen.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Hinweise

Zum TOP 9.1 – I0071/13 erhält der Behindertenbeauftragte Herr Pischner Rederecht.

Durch die Aktuelle Debatte unter TOP 5 verschieben sich die nachfolgenden Tagesordnungspunkte.

Stadtrat Fassl, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, bringt den GO-Antrag – Behandlung des TOP 11.2 - Drucksache DS0143/13 im öffentlichen Teil – ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper weist darauf hin, dass dies aus formalen Gründen nicht möglich ist.

Der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz bittet darum, bei weiterem Diskussionsbedarf über diese Frage die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst stellt die Nichtöffentlichkeit her.

Stadtrat Wendenkampf, future! – Die junge Alternative, bringt den GO-Antrag – über die Kaufsumme nichtöffentlich zu diskutieren und die übrige Beratung der Drucksache DS0143/12 im öffentlichen Teil – ein.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei zahlreichen Jastimmen:

Der GO-Antrag des Stadtrates Wendenkampf, future! – Die junge Alternative – über den Kaufpreis ist nichtöffentlich zu diskutieren und die übrige Beratung der Drucksache DS0142/12 öffentlich –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 14 Jastimmen und 2 Enthaltungen:

Der GO-Antrag des Stadtrates Fassl, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei – die Drucksache DS0143/13 ist im öffentlichen Teil zu beraten –

wird **abgelehnt**.

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst stellt die Öffentlichkeit der Sitzung her.

Bezüglich der vorliegenden GO-Anträge zur Überweisung der Neuanträge in die Ausschüsse verweist die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst auf die Hauptsatzung und die Geschäftsordnung des Stadtrates, die regeln, welcher Ausschuss sich mit welchem Thema zu befassen hat. Sie bittet die Fraktionen, dies künftig bei der GO-Antragstellung zu beachten.

Die Tagesordnung wird vom Stadtrat mehrheitlich, bei 6 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen **bestätigt**.

3. Bestätigung des Beschlussprotokolls der 62.(V) Sitzung des Stadtrates am 04.04.2013
-

Redaktionelle Änderung der Verwaltung

Auf der Seite 38 ist unter TOP 6.2 im ersten Absatz zu streichen:

von der heutigen Tagesordnung

Redaktionelle Änderung der FDP-Fraktion

Auf der Seite 27 ist unter TOP 5.10 im 8. Absatz, 2. Zeile wie folgt zu formulieren:

..... den Zwischenschritt **der Stufe 2 – Unterbringung in betreuten Wohngemeinschaften** für wichtig und sinnvoll.

Auf der Seite 51 muss es unter TOP 6.15 im 10. Absatz, 2. Zeile richtig heißen:

...GWA **Ottersleben**

Redaktionelle Änderung der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

Auf der Seite 51 ist unter TOP 6.15 der 8. Absatz wie folgt zu formulieren:

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, ist von den wiederholten Antragstellungen der SPD zur Arbeitsweise der GWA-Gruppen überrascht und verweist auf den Fachtag und die gerade erst vorgenommene Evaluierung. Die AG Gemeinwesenarbeit in der LH MD sind zweifellos ein Erfolgsmodell. Weil 2 AGn von persönlichen Problemen einzelner Mitstreiter/-innen geschüttelt waren, nun alle AGn darunter „leiden“ lassen und maßregeln zu wollen, ist nicht richtig. Er hält die bisherigen Regularien für die AG Gemeinwesenarbeit für ausreichend und legt kritisch seinen Standpunkt zum Antrag A0141/12 dar und spricht sich für die Ablehnung aus.

Das veränderte Beschlussprotokoll der 63. (V) Sitzung des Stadtrates vom 04.04.2013 wird vom Stadtrat einstimmig **bestätigt**.

- | | | |
|----|--|----------|
| 4. | Bekanntgabe der von den beschließenden Ausschüssen und sonst in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse | T0064/13 |
|----|--|----------|
-

Hierzu liegt eine schriftliche Tischinformation vor.

- | | | |
|----|--|----------|
| 5. | Aktuelle Debatte "Beteiligung der LH MD an Kostenaufwüchsen im ÖPNV der MVB" | T0070/13 |
|----|--|----------|
-

Die Vorsitzende des Stadtrates Frau Wübbenhorst informiert, dass zum TOP 6.19 – A0051/13 ein Überweisungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliegt.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt begründet den gemeinsamen Antrag mit der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei auf Durchführung einer Aktuellen Debatte zum Thema „Beteiligung der Landeshauptstadt Magdeburg an Kostenaufwüchsen im ÖPNV der MVB“.

Er gibt im Weiteren die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 1)**

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 2)**

Stadtrat Schindehütte, Fraktion CDU/BfM, gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 3)**

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 4)**

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, gibt die Stellungnahme seiner Fraktion zur Thematik ab. **(Anlage 5)**

Stadtrat Wendenkampf, future! - Die junge Alternative! gibt seine Stellungnahme zur Thematik ab. **(Anlage 6)**

In seinem Redebeitrag geht der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann anhand einer Präsentation auf die aktuelle Aufstellung der Faktoren der Kostensituation der MVB ein.

Er benennt dabei die Steigerung der Energiekosten – erkennbar an Kosten für Diesel – steigende Instandhaltungskosten, auf Grund des Alters und der Laufzeit der Anlagen, Inflationssteigerungen und Steigerung der Personalkosten.

Hinsichtlich der Personalkosten verweist er insbesondere darauf, dass das Aushandeln von Tarifen Angelegenheit der Tarifpartner ist und die Stadt die Ergebnisse akzeptieren muss.

Im Weiteren geht der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann auf die Leistungen der MVB ein und informiert, dass seitens der MVB jährlich ca. 60 Mio Beförderungsfälle geleistet werden mit einer

km-Leistung von 9 Mio Fahrplankilometern. Ebenfalls als Leistung der MVB benennt er die seit 2007 kontinuierlich im Betrieb durchgeführte Restrukturierung und in diesem Zusammenhang auch die zweite Nord-Süd-Verbindung.

Weiterhin verweist Herr Dr. Scheidemann darauf, dass es sich bei den von ihm benannten Kostensteigerungspositionen vor allem um Aufwandspositionen handelt und nicht um Investitionspositionen. So ist die zweite Nord-Süd-Verbindung eine Investition, die zu großen Teilen über Fördermittel getragen wird und erheblich zum Restrukturierungsprozess der MVB beiträgt. So werden hier Busse auf Straßenbahnen umgestellt, welche nach seiner Auffassung auch im demografischen Prozess das wesentlich bessere Verkehrsmittel sind, weil sie andere Beförderungen ermöglichen und auch zu deutlichen Reduzierungen der Personalkosten führen. Er trifft die Feststellung, dass die Umsetzung der zweiten Nord-Süd-Verbindung somit im Rahmen des Restrukturierungsprozesses der MVB auch eine Kostenreduzierung ist.

Anhand einer Tabelle informiert der Beigeordnete vergleichend über bestehende Preise der MVB mit Stand vom 30. 04. 2013 und verweist darauf, dass die MVB in einigen Positionen nachdrücklich unter denen der Stadt Halle steht. Insbesondere legt er dar, mit dem Vergleich klarstellen zu wollen, wie Märkte an anderer Stelle reagieren und wie sie aufgestellt sind und wie der Markt der Beförderungsentgelte hier in der Landeshauptstadt Magdeburg ist.

Klarstellend führt Herr Dr. Scheidemann aus, dass die abgeschlossene Betrauungsvereinbarung keine Vereinbarung sei, die eine Bezuschussung der MVB vorsieht. Dies sei ausdrücklich in der Vereinbarung dargestellt, da sich das Unternehmen sonst nicht in die der Stadt obliegenden Ausschreibungsverfahren einbringen könnte. Hierbei handelt es sich um einen Leistungstausch und das bedeutet, die MVB erbringt für die Stadt ihre gemeinwirtschaftliche Aufgabe und erhält für diese zu erbringende Leistung das Geld, welches aufgrund der Betrauungsvereinbarung ausgehandelt ist und den Maßgaben obliegt. Das heißt, hier besteht eine deutliche beihilferechtliche Situation, zu der die der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil vom 24.07.2003 in der Rechtssache Altmarktrans klar gestellt hat, dass es nur so geht. Bei einer Bezuschussung wäre es demzufolge nicht möglich, eine Eigengesellschaft der Stadt zu betrauen.

Bezug nehmend auf den Redebeitrag es Stadtrates Dr. Hörold, FDP-Fraktion, geht der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann auf die Folgen der Föderalismusreform ein und führt aus, dass es auf Grund der Folgen, u.a. das Auslaufen des Entflechtungsgesetzes 2019, auf eine Nutzerfinanzierung hinausläuft. Er legt seine Auffassung dar, dass es der falsche Schritt wäre, durch Subventionen dem entgegenzuwirken.

Insbesondere legt er dar, dass die Erhöhung der Beförderungstarife nicht allein die MVB betrifft. Erläuternd führt er aus, dass mit dem Verbund MAREGO auch eine Verbindung mit den dortigen Anforderungen der anderen Verkehrsunternehmen besteht. Auch diese haben Situationen in den Kostensteigerungen, die in den allgemeinen Tarifen des Verbundes MAREGO ihren Niederschlag finden. Er gibt den Hinweis, dass sicherlich Evaluierungen über die entsprechenden Ausschüttungen der einzelnen Partner vorgenommen werden.

Zum in der Debatte angesprochenen Punkt der Situation des Unternehmens hinsichtlich der Kapitalausschüttung verweist er weiterhin darauf, dass im September 2012 die wirtschaftliche Vertretbarkeit dieser Ausschüttung 2013 i. H. von 2 Mio. Euro von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestätigt wurde. Die Entnahme aus der Kapitalrücklage verringert das Eigenkapital der MVB GmbH & Co KG um 2 Mio., die Gesellschaft verfügt aber auch noch nach der Entnahme über eine ausreichende Kapitalausstattung und verletzt keine Eigenkapitalerhaltungsvorschriften. Er vertritt die Auffassung, dass hier eine feine Trennung der bilanzrechtlichen Unterschiede der einzelnen Summen vorgenommen werden sollte. Die Eigenkapitalquote mit 58 % bezeichnet er als eine ausgezeichnete Eigenkapitalausstattung.

Hinsichtlich Folgekosten und der Zukunftsfähigkeit der MVB führt er aus, müsse eine Strategie, wie Stadtrat Dr. Hörold angesprochen hat, entwickelt werden. Die Zukunftsfähigkeit der MVB darf aber nicht auf Subventionen beruhen, eine straffe Kostenführung bedeutet auch, dass die Einnahmen selbst erwirtschaftet werden müssen, um nachhaltige Leistungen zu erbringen.

Abschließend legt er dar, dass seinen Ausführungen zu entnehmen sei, dass er den Antrag aus Sicht der Verwaltung unter den von ihm genannten Bedingungen als nicht ziel führend ansehe.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, geht auf die in der Diskussion gemachten Ausführungen ein. Er stellt dabei klar, dass zum TOP 6.19 - A0051/13 der GO-Antrag zur Überweisung in den Ausschuss VW – vorliegt. Er geht im Weiteren auf die Attraktivität von öffentlichen Verkehrsmitteln ein und bittet abschließend darum, es nicht zu exorbitanten Erhöhungen kommen zu lassen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, schickt in seinen Ausführungen voraus, dass seine Fraktion voll und ganz zur MVB GmbH & Co KG und ihren Mitarbeitern stehen. Er merkt an, dass er von der bisherigen Diskussion enttäuscht ist und nimmt kritisch zu den Redebeiträgen der Stadträte Dr. Hörold, FDP-Fraktion und des Vorsitzenden der SPD-Stadratsfraktion Stadtrat Bromberg Stellung.

Nach eingehender Diskussion bringt der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke den GO-Antrag – **Abbruch der Debatte** – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt und Stadtrat Rohrßen, SPD-Stadratsfraktion sprechen sich gegen den GO-Antrag aus.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und 3 Enthaltungen:

Der GO-Antrages des Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke – **Abbruch der Debatte** –

wird **abgelehnt**.

Im Rahmen der weiteren Diskussion bezeichnet Stadtrat Fassl, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei die derzeitigen Preise als am Rande der Zumutung.

Stadtrat Hoffmann, Fraktion CDU/BfM, stimmt in seinen Ausführungen der dargelegten Auffassung des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann zu und merkt an, dass man die Bezuschussung der MVB GmbH & Co KG nicht so einfach erhöhen kann und hält weitere Subventionen für falsch.

Stadtrat Rohrßen, SPD-Stadratsfraktion, geht auf die Frage der Wirtschaftlichkeit ein und legt seine Auffassung zum A0051/13 dar.

Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative, bezeichnet die Fahrpreise im Vergleich zu anderen Städten als günstig und geht im Weiteren auf die kritischen Kommentare bei Facebook ein.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper geht in seinen Ausführungen auf die politische Dimension und die Kernaussage der Aktuellen Debatte gegenüber dem Bürgerinnen und Bürgern ein. Er geht im Weiteren erläuternd auf die Frage der Finanzierung der MVB GmbH & Co KG ein und begründet die Reduzierung der Bezuschussung in den letzten Jahren Er stellt klar, dass im Ergebnis dessen die MVB viele Leistungen, wie z.B. Nachtfahrten,

nicht mehr anbieten kann. Der ausführliche Redebeitrag ist dem Protokoll als **Anlage 7** beigelegt.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile hält die heutige Debatte für notwendig und wichtig. Er begründet abschließend die Intention des Antrages A0051/13.

Abschließend zitiert der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt aus der Betrauungsvereinbarung und bittet darum, diese einzuhalten.

6. Beschlussfassung durch den Stadtrat

6.1. Jahresabschluss 2011 der Betreibergesellschaft Forschungs- und Entwicklungszentrum Magdeburg mbH (FEZM) DS0044/13

BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1789-63(V)13

1. Der Stadtrat nimmt den vom Wirtschaftsprüfer Georg Rainer Rätze geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2011 der Betreibergesellschaft Forschungs- und Entwicklungszentrum Magdeburg mbH (FEZM) zur Kenntnis.
2. Der Gesellschaftervertreter der FEZM wird angewiesen:
 - den Jahresabschluss 2011 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 2.837.628,28 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 3.220,39 EUR festzustellen,
 - den Jahresüberschuss in Höhe von 3.220,39 EUR mit dem Verlustvortrag in Höhe von 231.510,65 EUR zu verrechnen und den gesamten Verlustvortrag in Höhe von 228.290,26 EUR auf neue Rechnung vorzutragen,
 - dem Geschäftsführer, Herrn Prof. Dr. Münch, sowie dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2011 Entlastung zu erteilen,
 - den Wirtschaftsprüfer Georg Rainer Rätze zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2012 zu bestellen.

- 6.2. Maßnahmen gegen die Abwanderung junger Menschen, insbesondere qualifizierter Frauen, DS0085/13
 BE: Beigeordneter für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit
-

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0085/13/1.

Der Ausschuss FuG empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des Änderungsantrages DS0085/13/1 des Ausschusses RWB.

Der Vorsitzende des Ausschusses FuG Stadtrat Müller informiert über die Diskussion im Ausschuss und begrüßt die vorliegende Drucksache DS0044/13.

In seiner Eigenschaft als Mitglied der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei merkt er an, dass seine Fraktion die vorliegende Drucksache DS0044/13 als Zwischenergebnis deutet und signalisiert die Stimmenenthaltung.

Der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche begründet die vorliegende Drucksache DS0044/13 und geht dabei insbesondere auf die Punkte 2 und 3 des Beschlussvorschlages ein.

Gemäß vorliegenden Änderungsantrag DS0085/13/1 des Ausschusses RWB **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Beschlusstext ist wie folgt zu ergänzen:

Die Verwaltung wird aufgefordert mit den beteiligten Partnern den finanziellen Bedarf für die Umsetzung des Konzeptes abzustimmen und eine finanzielle Untersetzung unter Einbeziehung von Fördermitteln des Landes, des Bundes und der EU vorzunehmen.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0085/13/1 des Ausschusses RWB einstimmig:

Beschluss-Nr. 1790-63(V)13

Der Stadtrat beschließt folgende Maßnahmen gegen die Abwanderung junger Menschen, insbesondere qualifizierter Frauen:

1. Das Dezernat für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit wird die in Magdeburg praktizierten Projekte (vgl. Begründung Ziffer 3) weiter unterstützen.
2. Das Wirtschaftsdezernat wird darauf hinwirken, dass die Träger der vorgenannten Projekte bei der Ausrichtung und Durchführung der Projekte stärker als bisher zusammen wirken, vorzugsweise unter Koordinierung der BPC „DIE

UNTERNEHMERinnen AKADEMIE“ (Business Plan Consult GmbH) unter dem Motto „Frauen gehen in Führung“. Die Landeshauptstadt Magdeburg wird ihre relevanten Projekte (vgl. Begründung Ziffer 4) in diese Koordinierung einbringen.

3. Ein Ergebnis dieser Koordinierung soll eine Informationsveranstaltung im II. Quartal 2013 sein, die in besonderem Maße junge qualifizierte Frauen ansprechen und zur Existenzgründung motivieren soll. Dabei wird sich der für Magdeburg verantwortliche ego.-Pilot in besonderer Weise einbringen.
4. Das Projekt Regionales Übergangsmanagement für die Ottostadt Magdeburg (RÜM) soll in der abschließenden Phase bis Oktober 2013 die Berufsorientierung von Mädchen und jungen Frauen in besonderer Weise in die Projektarbeit einbeziehen.
5. Die städtischen Vertreter in den Gremien der städtischen Gesellschaften wirken darauf hin, dass zukünftig mehr junge Frauen in den Unternehmen eingestellt werden.
6. Die Verwaltung wird aufgefordert mit den beteiligten Partnern den finanziellen Bedarf für die Umsetzung des Konzeptes abzustimmen und eine finanzielle Unterstützung unter Einbeziehung von Fördermitteln des Landes, des Bundes und der EU vorzunehmen.

6.3. "Aufhebungssatzung Gebührensatzung und Benutzungssatzung des Städtischen Frauenhauses" DS0078/13

BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 45 Ja-, 0 Neinstimmen und 0 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1791-63(V)13

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur Aufhebung der Satzungen über die Gebührenerhebung des Städtischen Frauenhauses und über die Benutzung des Städtischen Frauenhauses (Aufhebungssatzung) gemäß beiliegender Anlage

6.4. Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 254-1 "Zuckerbusch West"

DS0006/13

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, bittet im Namen seiner Fraktion darum im Protokoll festzuhalten, dass die Planung der Strombrücken und die Neuordnung des Heumarktes absolute Priorität haben und die Vorlegung des Bebauungsplanes „Zuckerbusch West“ erst im Anschluss erfolgt, damit es zu keinen Umplanungen kommt

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann stellt klar, dass es sich bei der Neuordnung des Heumarktes um den Rahmenplan handelt und nicht um den Feststellungsbeschluss.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt sieht in der Begründung auf der Seite 5 der Drucksache DS0006/13 bezüglich der Vorlage der städtebaulichen Konzepte für die Neuordnung im Bereich des Heumarktes zum 2. Quartal 2013 einen Widerspruch. Er hält aus diesem Grund den Protokollvermerk des Stadtrates Stern, Fraktion CDU/BfM, für wichtig.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt äußert weiterhin seine Bedenken zur geplanten Reihenhausbebauung mit 3 bis 4 Geschossen zzgl. Staffelgeschoss.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht klarstellend auf die Bedenken des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt ein und merkt an, dass sehr großen Wert darauf gelegt wurde, dass die Geschosshöhe von der gegenüberliegenden Seite nicht übernommen wird und adäquat ist.

Stadtrat Krause, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, weist im Namen seiner Fraktion darauf hin, dass nicht noch einmal die gleiche Konfliktsituation wie am Mundlosring entstehen darf und hält den Bebauungsplan für problematisch.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1792-63(V)13

1. Gemäß § 1 Abs. 3 Satz 1 und § 2 Abs. 1 Satz 1 BauGB soll für das Gebiet, welches umgrenzt wird:

- im Norden: die südliche Grenze der Brückstraße mit Flur 719 und die nördliche Grenze der Flurstücke 10085 und 45 sowie Flur 721 mit der nördlichen Grenze des Flurstücks 1/2,
- im Osten: westliche Grenze der Straße Zuckerbusch mit Flur 721 und der östlichen Grenze des Flurstücks 1/2,
- im Süden: Fuß- und Radweg ehemalige „Kanonenbahn“ mit Flur 719 und der nördlichen Grenze des Flurstücks 68/1 sowie Flur 721 mit der nördlichen Grenze des Flurstücks 20/1,

- im Westen: östliche Begrenzung des Flurstückes 45 der Flur 719,
ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

- Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist der Bereich als gemischte Baufläche ausgewiesen, dementsprechend soll die Fläche als Mischgebiet entwickelt werden.
- Für die Einrichtung einer „Technologiezone“ wird ein 20 m breiter Streifen entlang der Brückstraße gekennzeichnet. Dieser Streifen kann erst bebaut werden (bedingte Festsetzung), wenn er für die Baumaßnahme Verlängerter Strombrückenzug nicht benötigt wird.
- Der Bebauungsplan wird in Abstimmung mit der Planung Neubau Elbrücken und der Neuordnung des Heumarktes entwickelt. Der Bebauungsplan ist diesen Planungen anzupassen.
- Durch die Bebauungsplanfestsetzungen (u.a. Baulinien / Mindesthöhen) soll für das Baugebiet eine hochwertige Gestaltung sichergestellt werden, die der innenstadtnahen Lage entspricht.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB soll nach ortsüblicher Bekanntmachung durch 14-tägige Offenlegung des Aufstellungsbeschlusses, begleitet durch Sprechstunden während der Dienstzeiten, im Stadtplanungsamt Magdeburg erfolgen.

6.5. Einziehung und Teileinziehung von Verkehrsflächen im B-Plan-Gebiet 229-2.1 "Düpplergrund" DS0033/13

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei und Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1793-63(V)13

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Einziehung und Teileinziehung von Teilstücken der Olvenstedter Chaussee im B-Plan-Gebiet 229-2.1 „Düplergrund“ zu verfügen und öffentlich bekannt zu machen.

6.6. Fortführung Bebauungsplanverfahren Nr. 301-4 "Rennebogen" DS0057/13
für den Teilbereich
Nr. 301-4B "Mittlerer Rennebogen"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Stadtrat Theile, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei und Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, erklären gemäß § 31 GO LSA ihr Mitwirkungsverbot und nehmen nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bittet darum zu Protokoll zu geben, dass diese Flächen im nach hinein mit weiteren Bebauungsplänen bebaubar gemacht werden sollen.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann führt diesbezüglich aus, dass die Bebaubarkeit erfolgen kann, wenn der Stadtrat es beschließt.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1794-63(V)13

1. Der Stadtrat beschließt die Fortführung des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 301-4 „Rennebogen“ für den Teilbereich Nr. 301-4B „Mittlerer Rennebogen“ (separater Bebauungsplan).
Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 301-4B „Mittlerer Rennebogen“ wird wie folgt umgrenzt:

- im Nordwesten: durch die südöstliche Grenze des Bebauungsplanes Nr. 301-4A „Westlicher Rennebogen“,

- im Nordosten: durch den Sternbogen,
- im Osten: durch die östliche Flurstücksgrenze der östlichen Stichstraße Rennebogen und die Ostseite des geplanten Fuß-/Radweges zum Sternbogen,
- im Südwesten: durch die nördliche Fahrbahnkante Rennebogen.

Das in seiner Begrenzung vorstehend beschriebene Gebiet ist im beiliegenden Lageplan, welcher Bestandteil dieses Beschlusses ist, dargestellt.

2. Der Bebauungsplan wird aus dem Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg entwickelt. Planungsziel ist die Entwicklung von Reinen Wohngebieten nach § 3 Baunutzungsverordnung unter Beachtung der Möglichkeiten für die Nutzung regenerativer Energien. Im Flächennutzungsplan der Landeshauptstadt Magdeburg ist das Plangebiet als Wohnbaufläche dargestellt.

6.7. Abwägung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 267- DS0068/13
1.1 "Thomas-Mann-Straße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse StBV und UwE empfehlen die Beschlussfassung.

Der Punkt 2.1 wurde im Ausschuss StBV vom Amt 31 zurückgezogen.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 7 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1795-63(V)13

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB und während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplanes Nr. 267-1.1 „Thomas-Mann-Straße“ in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:
Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).

Zur Behandlung der Stellungnahmen ergehen folgende Einzelbeschlüsse:

2.1

a) Stellungnahme der unteren Naturschutzbehörde:

Es wird angeregt, das Bebauungsplanverfahren im Regelverfahren und nicht im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB fortzuführen. Dazu sind die Begründung zum

Bebauungsplan zu ändern, der Umweltbericht zu überarbeiten, eine Eingriffs- / Ausgleichsbilanz zu erstellen und Kompensationsmaßnahmen festzusetzen.

b) Abwägung:

Eine Prüfung des Antrags des Vorhabenträgers auf Änderung des Verfahrens auf Grundlage des § 13a BauGB durch den Fachbereich Vermessungsamt und Baurecht ergab, dass die Voraussetzungen für ein beschleunigtes Verfahren nach § 13a BauGB vorliegen.

Beschluss 2.1:

Die Stellungnahme wurde von der Unteren Naturbehörde zurückgezogen.

2.2

a) Stellungnahme Bürger mit Listennummer 17:

Mit großer Verwunderung habe ich erfahren, daß der B-Plan 267-1.1 Thomas-Mann-Str. geändert werden soll. Wir haben ein Grundstück 2005 in dem B-Plan 267-1.1 gekauft.

Folgende Sachverhalte möchte ich gegen eine weitere Bebauung vorbringen:

1. Der alte Baumbestand bietet eine natürliche Schall- und Sichtbarriere zum Plattenbau in der Thomas-Mann-Straße, das war eine der Kriterien für den Kauf unseres Grundstücks. Wir hatten zum Kauf unseres Grundstücks die Zusage vom Verkäufer Herrn Henfling erhalten, dass dieses Teilstück Grünfläche bleibt, da ja bereits das hinter uns liegende Baugebiet 267-1 B erschlossen wurde.
2. Weiterhin befinden sich immer noch erhebliche Altlasten (LKW-Werkstatt, Gebäudeteile Russenkaserne) auf dem Grundstück, die nur mit Erde bedeckt wurden, bei allen angrenzenden Grundstücken war das so. Wir hatten mehrere Schrottcontainer zu entsorgen. Bei etlichen Nachbarn riecht das Gartenwasser nach Diesel. So was kann doch nicht Bauland werden.
3. Wir sind nicht bereit, auf ein Stück Lebensqualität zu verzichten. Es ist die letzte grüne Oase in dem Bebauungsgebiet, eine natürliche Trennung zwischen dem Plattenbau Thomas-Mann-Str. und der Thomas-Mann-Str. Und man hat noch das Gefühl nicht von allen Seiten eingebaut zu sein, wie Punkt 1, deswegen haben wir dieses Grundstück ja gekauft. In Olvenstedt werden ganze Straßenzüge abgerissen und bei uns besteht das Baugebiet bald nur noch aus Einfamilienhäusern, dann kann man auch im Plattenbau wohnen bleiben.
4. Die alte Russenkaserne geht noch mehrere hundert Meter in östlicher Richtung weiter, da ist genug Platz, warum wird da nicht weitergebaut? Stattdessen würde ein bereits abgeschlossenes Baugebiet weiter zugebaut und die alten Grundstückeigentümer verärgert.

b) Abwägung:

Im Flächennutzungsplan der Stadt Magdeburg ist für den Geltungsbereich des Bebauungsplans "Wohnbaufläche" festgesetzt.

Das Grundstück wurde öffentlich vom Bund zum Kauf angeboten. Der Vorhabenträger erwarb es und beantragte bei der Stadt einen Aufstellungsbeschluss zum B-Plan-Verfahren. Maß und Stellung der geplanten Gebäude sowie die Festsetzung von Bäumen sorgen für eine Schall- und Sichtbarriere. Auf der Bürgerversammlung am 22.01.2013 wurde sich weitergehend darauf verständigt, dass mindestens ein mittel- bis großkroniger Laubbaum pro Parzelle im Vorgarten zum 5-Geschosser zu erhalten oder neu zu pflanzen ist. Nach dem Einleitungsbeschluss der Stadt Magdeburg vom 13.10.2011 zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 267-1.1 "Thomas-Mann-Str." wurde mit der Aufstellung des Bebauungsplans begonnen. Der Hinweis auf mögliche Packlagen wird in das Planblatt und die Begründung aufgenommen. Der Bau von Brunnen zur Gartenbewässerung wird in § 6 der textlichen Festsetzungen ausgeschlossen. Zukünftig sollen 8 straßenbegleitende Häuser dort entstehen, die auch zukünftig mit den Bäumen im (Vor-)Garten den Sicht- und besseren Schallschutz zum gegenüberliegenden Plattenbau gewährleisten.

Die zukünftige Bebauung fügt sich in der Umgebung nahtlos ein. Zudem ist eine innerstädtische Bebauung städteplanerisch sinnvoller als die Bereitstellung von erforderlichem Bauland im naturnahen Außenbereich auf der grünen Wiese. In unmittelbarer Umgebung existieren sowohl Grün- und Freiflächen als auch Spielplätze, die alle mittels durchgrünter Wege miteinander verbunden sind. Alle neuen Grundstücke liegen an einer öffentlichen Straße. Weiterhin befindet sich die gesamte Infrastruktur (Schulen, Kindergärten, Krankenhaus, Straßenbahn etc.) in unmittelbarer Umgebung. Somit werden diese öffentlichen Einrichtungen und Bauten in Zukunft von mehr Menschen genutzt, was die Kosten für den einzelnen Bürger senkt.

Beschluss 2.2:

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

2.3

a) Stellungnahme Bürger mit Listennummer 18:

Wir sind unmittelbare Anlieger an diesem betreffenden Flurstück. Als wir vor 10 Jahren unser Grundstück erwarben, gingen wir davon aus, dass wir keinen Nachbarn auf dieser Seite haben würden. Das Flurstück war nicht als Bauland geplant. Diese Antwort wurde uns auf wiederholte Anfrage gegeben vom Stadtplanungsamt. Diese Aussage war für uns unter anderem beim Kauf entscheidend. Uns gefielen die vielen großen Bäume und die vielen Vögel und andere Tiere auf dem unbebauten freien Streifen. Wo sehen wir heute noch Kuckuck, Bundspechte, Schwarzspechte, Distelfinken, Sperlinge, Stieglitze, Nachtigall, Eule, Wachholderdrossel und viele andere Tiere.

Die großen Bäume bilden aber auch einen Sichtschutz, Schallschutz und Luftfilter in diesem Wohngebiet. **Dieses Flurstück zu bebauen, wäre für viele Anlieger ein großer Verlust der Artenvielfalt und Lebensqualität.**

b) Abwägung:

Der heutige Zustand wird durch Wildwuchs, Verunreinigung durch Dritte und Fremdnutzung durch Anlieger geprägt. Die zukünftigen Nachbarn der heutigen Bewohner werden erfahrungsgemäß gepflegte Außenbereiche mit viel Grün schaffen. Die Festsetzung des B-Planes mit einer max. Versiegelung von 35% unterstützt diese Entwicklung.

Auf der Bürgerversammlung am 22.01.2013 wurde sich weitergehend darauf verständigt, dass mindestens ein mittel- bis großkroniger Laubbaum pro Parzelle im Vorgarten zum 5-Geschosser zu erhalten oder neu zu pflanzen ist.

Beschluss 2.3:

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

2.4

a) Stellungnahme Bürger mit Listennummer 19:

Wir sind gegen eine Bebauung des jetzigen Grünstreifens entlang der Thomas-Mann-Straße. Der Grünstreifen besteht überwiegend aus Großbäumen sowie einer Strauchschicht und einer Krautschicht. Selbst wenn viele der jüngeren Bäume als Wildwuchs durch Aussamung entstanden sind, so ist doch hier mindestens im Laufe der letzten ca. 22 Jahre, nach Aufgabe des Kasernengeländes, eine wertvolle Grünfläche entstanden. Die vielen Bäume, vorwiegend Robinien und Ahorn können mit ihrer großen Laubmasse enorm viel CO² zu Sauerstoff verwandeln. Sie binden Staub in großen Mengen, verbessern das Kleinklima, indem sie die Luftfeuchtigkeit erhöhen, die Temperatur mindern, Schatten spenden. Die Robinien sind eine ausgezeichnete Bienenweide. Die ganze Grünfläche bietet vor allem in der Strauchschicht vielen Vögeln Unterschlupf und Nahrung (z.B. die Wildrosen), ebenso wie den Insekten und Bodenlebewesen. Durch die verwilderte Erscheinung kamen bisher sogar regelmäßige Rehe bis in das Wohngebiet Ludwig-Thoma-

Straße. Gerade im Sommer bietet der dichte Grünstreifen einen guten Lärmschutz, dämpft die Geräusche des zunehmenden Straßenverkehrs auf der Thomas-Mann-Straße, der sich ergibt durch die neuen Straßen östlich der Erich-Kästner-Straße, als auch weil die Erich-Kästner-Straße zunehmend als Verbindungsstraße dient zwischen Neuprester und Schwarzkopfweg. Der Grünstreifen lockert auf. Sowohl entlang der Witzlebenstraße als auch entlang der Thomas-Mann-Straße reihen sich die 5-geschossigen Wohnblöcke aneinander. Sie bilden damit einen Winkel, begrenzen das Einfamilienhausgebiet nebst dem Schulgelände von zwei Seiten. Es gibt dadurch viel versiegelte Fläche, Sicht wird genommen, sie haben durch den Winkel etwas beengendes. Der vorhandene Grünstreifen von ca. 5 ha ist sozusagen eine tolle Gegebenheit, eine Auflockerung, nebst den vielen o.g. Punkten wie Luftverbesserung, etc., für die alle Anwohner dankbar sind. Nicht umsonst wohnen sowohl Anwohner des Wohnblocks als auch des Einfamilienhausgebietes in Cracau und nicht z.B. im dichtbesiedelten Stadtfeld.

Ein nicht zu unterschätzender Faktor ist der durch die Bäume gegebene Sichtschutz zwischen dem Block auf der Thomas-Mann-Straße und dem Wohngebiet Ludwig-Thoma-Straße. Nicht nur als Schutz für die Anwohner des Neubaugebietes sondern vor allem auch für die vielen Bewohner des 5-Geschossers an der Thomas-Mann-Straße, die so seit Jahrzehnten auf natürliches Grün blicken können (gut fürs Gemüt und die Seele), was ihnen bald verwehrt werden soll. Auch würde durch ein Entfernen der Bäume ein wesentlich größerer Lärmpegel sowohl für den 5-Geschosser als auch für das Wohngebiet Ludwig-Thoma-Straße entstehen, wenn z.B. auf den Einfamiliengrundstücken die Kinder toben, etc., weil hier ein großes Echopotential vorhanden ist. Der Wohnblock wirft auch jetzt schon in der laubfreien Jahreszeit jedes Geräusch zurück.

Eine Ausgleichspflanzung für die neu zu versiegelnden Flächen stimmt zwar rein rechnerisch auf dem Papier nach den derzeitigen Gesetzen, bietet aber keinen Ersatz an Ort und Stelle, wo das Grün entfernt wird. Leider wurden im vergangenen Winter gerade die jungen, gut gewachsenen Bäume, die vorwiegend noch nicht unter die Baumschutzsatzung fallen, entfernt. Ausgerechnet die alten Robinien entlang der Straße, von denen sicher viele nicht mehr ausreichend verkehrssicher sind, sollen stehen bleiben. Mit denen sollen sich dann die neuen Besitzer "herumärgern".

Wenn überhaupt gebaut wird - was aus unserer Sicht wirklich eine vergebene Chance aus Umweltaspekten und für aufgelockere Wohngebiete wäre - so sollten doch auf jedem Grundstück 1-2 mittelkronige Laubbäume verpflichtend sein aus oben genannten Gründen. Außerdem wäre es viel sinnvoller, nicht den neuen Grundstücksbesitzern die Last mit den alten Robinien entlang der Straße aufzuerlegen, sondern die Stadt sollte eine ordentliche Straßenbepflanzung mit geeigneten Laubbäumen vornehmen. Diese könnte entweder auf dem vorhandenen Fuß- und Radweg erfolgen, besser noch könnte die Stadt einen 1-2 Meter breiten Streifen vom jetzigen Grünstreifen entlang des Fußweges erwerben, um gute Voraussetzungen für eine ordentliche straßenbegleitende Baumpflanzung zu schaffen. Das wäre auch für das Stadtbild besser, als wenn jeder Grundstücksbesitzer verschiedene Bäume und Sträucher in dem vorgesehenen 5-Meter-Streifen pflanzt.

Der jetzige Käufer und Investor der Grünfläche könnte sich an den Kosten beteiligen. Er scheint es sich ohnehin ziemlich einfach zu machen. In unserem Kaufvertrag stand z.B. eine Klausel, dass bei Auffinden von unerwartetem Material/ Schadstoffen, etc. im Boden der Investor, der das ganze Gebiet erschlossen hat, für die Beseitigung zu sorgen hat.

Außerdem mußte ein Spielplatz gebaut werden und alles erstmal erschlossen werden. Der Besitzer des neuen Wohngebietes hat nichts von alledem und will trotzdem die Grundstücke zu noch höheren Preisen verkaufen.

b) Abwägung:

Durch ein Landschaftsarchitekturbüro wurde auf der 0,45 ha großen Fläche des Bebauungsplanes bezüglich des Baumbestandes eine Eingriffs- und Ausgleichsbilanzierung vorgenommen. Der heutige Zustand wird durch Wildwuchs, Verunreinigung durch Dritte und Fremdnutzung durch Anlieger geprägt. Eine geordnete Aufforstung sichert die Entwicklung eines gesunden Baumbestandes. Der ermittelte Ausgleich für die entfallenden Bäume wurde

als Maßnahme in den abgeschlossenen städtebaulichen Vertrag aufgenommen. Der Vorhabenträger wird eine Fläche von 1300 m² innerhalb des Geländes der ehemaligen Kasernenanlage aufforsten.

Um eine maximale Anzahl von Bäumen entlang der Thomas-Mann-Straße zu erhalten, wurde fast durchgehend eine Baulinie mit einem Abstand von 5,00 m festgesetzt. Lediglich bei 2 Grundstücken rückt die Baulinie aufgrund der Grundstückstiefe auf 3 m an die Thomas-Mann-Straße heran.

Die Baulinie und die Baufeldbegrenzung auf max. 15 m gewährleisten einen max. Abstand zwischen der Neubebauung und den sich südlich angrenzenden Einfamilienhäuser. Geplant sind 8 straßenbegleitende Häuser, die auch zukünftig mit den Bäumen im (Vor-) Garten den Sicht- und besseren Schallschutz zum gegenüberliegenden Plattenbau gewährleisten.

Die zukünftigen Nachbarn der heutigen Bewohner werden erfahrungsgemäß gepflegte Außenbereiche mit viel Grün schaffen. Die Festsetzung des B-Planes mit einer max. Versiegelung von 35% unterstützt diese Entwicklung.

Auf der Bürgerversammlung am 22.01.2013 wurde sich weitergehend darauf verständigt, dass mindestens ein mittel- bis großkroniger Laubbaum pro Parzelle im Vorgarten zum 5-Geschosser zu erhalten oder neu zu pflanzen ist.

Beschluss 2.4:

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger, Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, vom Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

6.8. Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 267-1.1 DS0069/13
 "Thomas-Mann-Straße"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages DS0069/13/1.

Der Ausschuss UWE empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann merkt an, dass der vorliegende Änderungsantrag DS0069/13/1 durch die Verwaltung Zustimmung findet und dieser der formal richtige Weg ist.

Gemäß Änderungsantrag DS0069/13/1 des Ausschusses StBV **beschließt** der Stadtrat einstimmig

Der Beschlussvorschlag wird um folgenden Beschlusspunkt (4) erweitert.

4. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 267-1A „Klusdamm / Thomas-Mann-Straße“, Teilbereich A vom 07.06.2001 (Beschluss Nr. 1283-33(III)01) wird für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes aufgehoben.

Der Stadtrat **beschließt** unter Beachtung des Änderungsantrages DS0069/13/1 des Ausschusses StBV mit 30 Ja-, 0 Neinstimmen und 15 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1796-63(V)13

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 10. August 2009 (GVBl. S. 383), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 02.05.2013 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 267-1.1 „Thomas-Mann-Straße“, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.
2. Die Begründung zum Bebauungsplan wird gebilligt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.
4. Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 267-1A „Klusdamm / Thomas-Mann-Straße“, Teilbereich A vom 07.06.2001 (Beschluss Nr. 1283-33(III)01) wird für den Geltungsbereich dieses Bebauungsplanes aufgehoben.

6.9. Abwägung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 366- DS0464/12
3.2 "Am Neuber"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Fassl, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, argumentiert gegen die Annahme der vorliegenden Drucksache DS0464/12 und geht dabei insbesondere auf die Einwände des anliegenden Umspannwerkes ein.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht auf die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Fassl, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, ein und verweist dabei auf die umfangreiche Diskussion im Ausschuss StBV. Er erläutert nochmals den derzeitigen Sachstand bezüglich der Prüfung zum Erhalt des anliegenden Umspannwerkes.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 9 Gegenstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1797-63(V)13

1. Die im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB, der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 und 2 BauGB und während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 366-3.2 „Am Neuber“ in den Stellungnahmen vorgebrachten Anregungen hat der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg gemäß § 1 Abs. 7 und § 3 Abs. 2 BauGB mit folgendem Ergebnis geprüft:
Der Berücksichtigung von Stellungnahmen entsprechend dem Abwägungsergebnis wird zugestimmt. Die Abwägung, Anlage zur Drucksache, wird gebilligt.
2. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr beschließt vorbehaltlich der abschließenden Entscheidung des Stadtrates über die vorgebrachten Stellungnahmen (Abwägungskatalog).
Zur Behandlung der Stellungnahmen ergehen folgende Einzelbeschlüsse:

2.1 50Hertz Transmission GmbH

Eichenstraße 3 A

12435 Berlin

Schreiben vom 17.10.2011, 05.09.2012 und 12.10.2012

a) Stellungnahme:

In der Nähe des Plangebietes befinden sich das Umspannwerk Magdeburg sowie die Freileitungen 220-kV-Freileitung Förderstedt – Magdeburg 335/336 und 220-kV-Freileitung Magdeburg – Wolmirstedt 329/330.

Es wird auf mögliche Lärmimmissionen hingewiesen, die durch das Umspannwerk und den Leitungsbetrieb auftreten können. Es wird ein Mindestabstand von 500 m empfohlen.

Gegen den Bebauungsplan bestehen wegen der drohenden Überschreitung der Grenzwerte nach TA-Lärm erhebliche Bedenken. Den Unterlagen ist zu entnehmen, dass Messungen Schallimmissionen von 43-48 dB(A) ergeben haben. Gemäß TA-Lärm für WA (40 dB(A) nachts) sind diese Werte deutlich zu hoch. Es sind möglicherweise erheblich schallschützende Maßnahmen zu treffen, um eine Unterschreitung der Grenzwerte zu gewährleisten. Für die derzeitige Nutzung als Wiesenfläche „Misch-/Dorfgebiet“ werden die Immissionswerte eingehalten.

Das Umspannwerk genießt Bestandsschutz, der höher einzustufen ist als der Schutz einer heranrückenden Wohnbebauung. Die heranrückende Wohnbebauung muss durch aktive Schallschutzmaßnahmen (die nicht vom Betreiber des Umspannwerkes zu finanzieren sind) geschützt werden.

Eine Beeinträchtigung aufgrund der Überschreitung der Immissionsgrenzwerte für die zukünftige Nutzung kann nicht ausgeschlossen werden. Diese Feststellung und Forderung ist in die Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan aufzunehmen. Über die Aufnahme in die Satzung ist die 50Hertz Transmission GmbH schriftlich in Kenntnis zu setzen. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist erforderlich.

Im Gegensatz zur Stellungnahme zum Vorhaben „Mühlenpark“ wird aufgrund neuer Erkenntnisse zur Geräuschproblematik ein Mindestabstand zwischen Wohnbebauung und Umspannwerk von 500 m empfohlen. Es wird deshalb die Forderung aus der Stellungnahme vom 12.07.2011 aufrecht erhalten.

Die im Schreiben vom 05.09.2012 benannten „neuen Erkenntnisse“ beziehen sich auf Erfahrungswerte der letzten Jahre. Es wird deshalb ein Abstand von 500 m zwischen Wohnbebauung und Umspannwerk empfohlen. Die Forderung aus der Stellungnahme vom 12.07.2012 wird aufrecht erhalten, da es zu Anwohnerbeschwerden im Bereich des Umspannwerkes gekommen ist. Es wird die Ausweisung eines allgemeinen Wohngebietes abgelehnt. Die Einhaltung der Grenzwerte der TA-Lärm kann nachts nicht gewährleistet werden. Nach derzeitigem Kenntnisstand werden die Grenzwerte bereits überschritten. Es wird um eine weitere Beteiligung am Verfahren gebeten. 50Hertz behält sich rechtliche Schritte gegen das Verfahren vor.

b) Abwägung:

Die Abstandsempfehlung ist nicht nachvollziehbar. Für das benachbarte Bebauungsplangebiet 366-3.1 „Mühlenpark Diesdorf“ wurde mit Schreiben vom 15.01.2010 ein Abstand von 300 m empfohlen.

Im Zusammenhang mit dem Bebauungsplanverfahren 366-3.1 wurde eine Immissionsprognose durchgeführt, deren Ergebnisse aufgrund des geringen räumlichen Abstands auch für das Gebiet „Am Neuber“ herangezogen wurden.

In der Begründung wird auf die Ergebnisse der Untersuchung und die daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen eingegangen. Konfliktpotentiale bestehen nachts bei sommerlicher Witterung. Es wurde deshalb die Ausrichtung schutzbedürftiger Räume bzw. der Einbau mechanischer Lüftungsanlagen vorgegeben (textl. Festsetzung). Die Gebäudehülle soll einen ausreichenden Schallschutz gegenüber den ortsüblichen Geräuschen gewährleisten. Wird die Schallsituation des Straßen- und Schienenverkehrs im großräumigen Untersuchungsgebiet berücksichtigt, ist damit auch Vorsorge gegenüber den Geräuschen des Umspannwerkes getroffen. Erhöhte bauliche bzw. finanzielle Aufwendungen sind damit nicht verbunden, da aufgrund der Anforderungen des Wärmeschutzes die Außenhüllen von Wohngebäuden regelmäßig eine hohe Schalldämmung erreichen. Außerdem erfolgt ein Hinweis auf das mögliche Auftreten tieffrequenter Geräusche. Die beschriebenen passiven Maßnahmen gewährleisten einen ausreichenden Lärmschutz, bezogen auf den bestehenden Betriebszustand des Umspannwerkes. Aktive Schallschutzmaßnahmen (Lärmschutzwand oder ähnl.) sind weder notwendig noch sinnvoll. Der Betrieb des Umspannwerkes wird durch den Bebauungsplan nicht beeinträchtigt.

50Hertz wurde gebeten die „neuen Erkenntnisse“ zu konkretisieren, mit denen ein Abstand von 500 m zwischen einer Wohnbebauung und dem Umspannwerk begründet wird. Die Antwort ergab, dass die Abstandsforderung von 500 m wegen Anwohnerbeschwerden im Bereich des Umspannwerkes aufgemacht wird. Grundlage der Beurteilung der Geräuschsituation können jedoch nicht Anwohnerbeschwerden sein, sondern die gutachterlichen Aussagen. Die Überschreitung der Richtwerte der TA-Lärm wird in der schalltechnischen Untersuchung aufgeführt und im Zusammenhang bewertet. Die vom Gutachter empfohlenen Maßnahmen wurden als Festsetzungen übernommen, so dass bautechnisch ein ausreichender Schutz gewährleistet wird.

Beschluss 2.1:

Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Der gefasste Einzelbeschluss der Zwischenabwägung aus der DS 0340/11, Sitzung des Stadtrates am: 05.07.2012, Beschluss Nr. 1400-50(V)12, wurde überprüft und bedarf keiner erneuten Beschlussfassung.

3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Bürger, Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange, die Anregungen vorgebracht haben, vom Ergebnis der Abwägung unter Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

6.10. Satzung zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 366-3.2 DS0465/12
 "Am Neuber"

BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Die Ausschüsse UwE und StBV empfehlen die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** mit 34 Ja-, 9 Neinstimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1798-63(V)13

1. Aufgrund des § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I, S. 2414), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, und § 6 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO LSA) vom 10. August 2009 (GVBl. S. 383), in der zuletzt geänderten geltenden Fassung, beschließt der Stadtrat der Landeshauptstadt Magdeburg am 02.05.2013 den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 366-3.2 „Am Neuber, bestehend aus der Planzeichnung (Planteil A) und dem Text (Planteil B), als Satzung.
2. Die Begründung zum Bebauungsplan und die zusammenfassende Erklärung nach § 10 Abs. 4 BauGB werden gebilligt.
3. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über die Satzung gemäß § 10 Abs. 3 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. Mit der ortsüblichen Bekanntmachung tritt der Bebauungsplan in Kraft.

6.11. Straßenbenennung "Unter der Georgshöhe" DS0487/12
 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Stadtrat **beschließt** einstimmig:

Beschluss-Nr. 1799-63(V)13

die Benennung der bisher unbenannten, nördlich der Klinke und zwischen Neinstedter Straße und Halberstädter Chaussee liegenden Straße bzw. Verbindung in

„Unter der Georgshöhe“

7. Beschlussfassung durch den Stadtrat - Anträge

7.1. Bäume Einsteinstraße A0118/12
 Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
 WV v. 08.11.2012

Der BA SFM und der Ausschuss StBV empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Antrag A0118/12 wurde im Ausschuss UwE zurückgezogen.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Änderungsantrag A0118/12/1 ein und merkt an, dass dort der Vorschlag der Verwaltung aufgenommen wurde.

Stadtrat Rohrßen, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0118/12 und des Änderungsantrages A0118/12/1 in den Ausschuss UwE – ein.

Gemäß GO-Antrag des Stadtrates Rohrßen, SPD-Stadtratsfraktion, **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 17 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0118/12 und der Änderungsantrag A0118/12/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werden in den Ausschuss UwE überwiesen.

7.2. Torsten-Lamprecht-Brücke

A0130/12

Interfraktionell
WV v. 08.11.2012

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des interfraktionellen Änderungsantrages A0130/12/1.

Der Ausschuss VW betrachtet den Antrag A0130/12 mit dem vorliegenden Änderungsantrag A0130/12/1 als erledigt.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, bringt den interfraktionellen Änderungsantrag A0130/12/1 ein.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke beantragt im Namen seiner Fraktion die getrennte Abstimmung.

Stadtrat Herbst, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, begründet in seinen Ausführungen, weshalb sich seine Fraktion dem Änderungsantrag A0130/12/1 nicht angeschlossen haben. Er wirbt für die Annahme des A0130/12.

Gemäß Punkt 1 des interfraktionellen Änderungsantrag A0130/12/1 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 12 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen:

Der Antrag A0130/12 ist durch folgenden Beschlusstext zu ersetzen:

1. Der Weg von der Burchardstraße in Cracau zur Brücke am Wasserfall erhält den Namen „Torsten-Lamprecht-Weg“.

Gemäß Punkt 2 des interfraktionellen Änderungsantrag A0130/12/1 **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen:

Der Antrag A0130/12 ist durch folgenden Beschlusstext zu ersetzen:

2. An einer geeigneten Stelle des Weges wird eine Gedenktafel angebracht oder aufgestellt, die an die Opfer rechtsextremer Gewalt in Magdeburg und das Schicksal von Torsten Lamprecht erinnert.

Gemäß interfraktionellem Antrag A0130/12 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0130/12/1 mehrheitlich, bei 4 Gegenstimmen und 11 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1800-63(V)13

1. Der Weg von der Burchardstraße in Cracau zur Brücke am Wasserfall erhält den Namen „Torsten-Lamprecht-Weg“.
2. An einer geeigneten Stelle des Weges wird eine Gedenktafel angebracht oder aufgestellt, die an die Opfer rechtsextremer Gewalt in Magdeburg und das Schicksal von Torsten Lamprecht erinnert.

7.3.	Verfahren für Preisträgernominierung "Das unerschrockene Wort"	A0134/12
	FDP-Fraktion WV v. 06.12.2012	

Der Ausschuss KRB empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0134/12/2.

Der Ausschuss VW empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass die Juri „Das unerschrockene Wort“ bereits eine Entscheidung getroffen hat und keine Beschlussfassung mehr erforderlich ist.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster stellt fest, dass ihm nur die alte Fassung des „Preisstatus“ vorliegt. Er erklärt, dass sich mit der Ausreichung der neuen Fassung, der Antrag A0134/12 **erledigt** hat.

7.4.	Westerhüsen, Salbke und Fermersleben lebenswerter gestalten	A0135/12
	Interfraktionell	
	WV v. 06.12.2012	

Der Ausschuss StBV empfiehlt die Beschlussfassung.

Der Ausschuss UWE empfiehlt die Beschlussfassung unter Beachtung des vorliegenden Änderungsantrages A0135/12/1.

Der Ausschuss VW betrachtet den interfraktionellen Antrag A0135/12 mit der Beschlussfassung zum vorliegenden Änderungsantrag A0135/12/1/1 als erledigt.

Der Vorsitzende des Ausschusses UWE Stadtrat Rohrßen bringt den Änderungsantrag A0135/12/1 ein.

Im Rahmen der anschließenden Diskussion nehmen Vertreter einzelner Fraktionen und der Verwaltung zur Thematik Stellung.

Bezüglich der Nachfrage des Stadtrates Danicke, SPD-Stadtratsfraktion, wann mit der Vorlage des Verkehrskonzeptes zu rechnen ist, führt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann aus, dass dies Ende des Jahres erfolgt und der Auftrag dazu in Kürze erteilt wird.

Der Ortsbürgermeister von Beyendorf-Sohlen erhält das Rederecht und legt den Standpunkt des Ortschaftsrates zur Thematik dar. Er bittet darum, Beyendorf-Sohlen in das Gesamtkonzept mit einzubeziehen.

Stadtrat Meister, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, erläutert die Intention des interfraktionellen Antrages A0135/12.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, verweist kritisch auf die jahrelange Diskussion dieser Problematik und bittet im Namen seiner Fraktion darum, die Situation in Südost gesamtheitlich zu betrachten. Er stellt abschließend fest, dass es bereits eine Vielzahl von Plänen gibt, die vorgelegt werden können.

Stadtrat Danicke, SPD-Stadtratsfraktion, reagiert mit Unverständnis auf die Ausführungen des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herrn Dr. Scheidemann zur erst jetzt beauftragten Untersuchung.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann geht auf die kritischen Anmerkungen des Stadtrates Danicke, SPD-Stadtratsfraktion, ein. Er verweist auf die bereits laufenden Aktivitäten und sieht weiterhin ein Problem bei der Parallelität des Verkehrsentwicklungsplanes und der im Antrag A0135/12 aufgeführten Einzelmaßnahmen.

Stadtrat Walter Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, legt seinen Standpunkt zur Thematik dar. Er hält es zwar für wünschenswert aber nicht für realisierbar, dass in den Stadtteilen Südost was passiert.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile kann ebenfalls die schleppende Arbeitsweise des Baudezernates nicht nachvollziehen und fordert im Namen seiner Fraktion die Vorlage eines Verkehrskonzeptes für Süd-Südost.

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann schlägt vor, am runden Tisch dieses prioritäre Thema aufzugreifen und zu beraten.

Im Rahmen der weiteren Diskussion unterstützt Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, den Standpunkt von Stadtrat Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei und geht dabei auf das Problem der Hauptstraße, die durch Südost führt, ein.

Stadtrat Dr. Kutschmann, Fraktion CDU/BfM, bekräftigt in seinen Ausführungen die Notwendigkeit einer Entlastungsstraße.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat gemäß Änderungsantrag A0135/12/1/1 des Ausschusses VW einstimmig:

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt dem Stadtrat zu beschließen:

Der Punkt 1 des Änderungsantrages A0135/12/1 wird wie folgt geändert:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die in der Anlage zum Antrag A0135/12 genannten Maßnahmen als vorläufige Maßnahmen durch die Verwaltung umgesetzt werden können.

Punkt 2 bleibt unverändert.

Gemäß Änderungsantrag A0135/12/1 des Ausschusses UwE **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0135/12/1/1 des Ausschusses VW einstimmig:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die in der Anlage zum Antrag A0135/12 genannten Maßnahmen als vorläufige Maßnahmen durch die Verwaltung umgesetzt werden können.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, bis Jahresende ein Verkehrskonzept Süd-Südost gem. § 45 Abs. 1b Satz 1 nr. 5 StVO vorzulegen. Die diesbezügliche Beschlusslage des Stadtrates ist zu beachten.

Gemäß interfraktionellen Antrag A0135/12 **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung aller beschlossenen Änderungsanträge einstimmig:

Beschluss-Nr. 1802-63(V)13

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwieweit die in der Anlage zum Antrag A0135/12 genannten Maßnahmen als vorläufige Maßnahmen durch die Verwaltung umgesetzt werden können.

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis Jahresende ein Verkehrskonzept Süd-Südost gem. § 45 Abs. 1b Satz 1 nr. 5 StVO vorzulegen. Die diesbezügliche Beschlusslage des Stadtrates ist zu beachten.

7.5.	Bürgerhaushalt Stadträte Wendenkampf und Stage - future! - Die junge Alternative WV v. 06.12.2012	A0138/12
------	---	----------

Die Ausschüsse KRB, FG und VW empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Es liegt der Änderungsantrag A0138/12/1 des Ausschusses KRB vor.

Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative, bringt den Antrag A0138/12 ein und begrüßt im Weiteren den vorliegenden Änderungsantrag A0138/12/1 des Ausschusses KRB. Er geht kritisch auf die aufgeführten Städte in der vorliegenden Stellungnahme S0016/13 ein und hätte sich realistischere Vergleichsstädte gewünscht. Stadtrat Stage bittet abschließend darum, dem Änderungsantrag A0138/12/1 des Ausschusses KRB und dem Antrag A0138/12 zuzustimmen.

Der Vorsitzende des Ausschusses KRB Stadtrat Meister bringt den Änderungsantrag A0138/12/1 ein und verweist auf die kontroverse Diskussion im Ausschuss.

Der Vorsitzende der SPD-Stadtratsfraktion Stadtrat Bromberg hält das Anliegen des Antrages A0138/12 zwar für lobenswert, erinnert aber an bereits laufende Aktivitäten. Er signalisiert im Namen seiner Fraktion die Ablehnung zum Antrag A0138/12.

Stadtrat Stern, Fraktion CDU/BfM, verweist darauf, dass seine Fraktion bereits vor 6 Jahren einen Antrag zum Bürgerhaushalt gestellt hat und die Resonanz enttäuschend war. Er hält den Antrag A0138/12 für nicht zielführend und regt an, die bereits bestehenden Foren und Veranstaltungen der Verwaltung zu erweitern.

Stadträtin Karin Meinecke, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, hält in ihren Ausführungen den Änderungsantrag A0138/12/1 für wenig erfolgsversprechend.

Der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei Stadtrat Theile unterstützt in seinen Ausführungen den Änderungsantrag A0138/12/1 des Ausschusses KRB.

Der Vorsitzende der FDP-Fraktion Stadtrat Hans-Jörg Schuster hält fest, dass es nicht Aufgabe des Stadtrates sein kann, pädagogisch auf die Bürger einzuwirken. Er signalisiert die Ablehnung zum Antrag A0138/12 durch seine Fraktion.

Abschließend nehmen nochmals Vertreter der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei zur Thematik Stellung.

Nach umfangreicher Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei einigen Jastimmen:

Der Änderungsantrag A0138712/1 des Ausschusses KRB –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, vor der weiteren Umsetzung eine Diskussionsveranstaltung unter Beteiligung von Stadträten und der Verwaltung mit entsprechenden Referenten zum Thema „Chancen, Vorteile und Probleme eines Bürgerhaushaltes“ durchzuführen.

Anschließend ist das Thema erneut in den Ausschüssen zu beraten und zu beschließen. –

wird **abgelehnt**.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei einigen Jastimmen und 8 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1803-63(V)13

Der Antrag A0138/12 der Stadträte Wendenkamp und Stage, future! – Die junge Alternative –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, eine Projektgruppe „Bürgerhaushalt“ zu gründen und ein entsprechendes Konzept zu erarbeiten, um die Beteiligung der Magdeburgerinnen und Magdeburger an den Beratungen für das Haushaltsjahr 2014 und dann jeweils in den Folgejahren vorzubereiten.

Ziel ist es, Transparenz für die Magdeburgerinnen und Magdeburger über den Haushalt und die Haushaltsplanung zu schaffen, sowie die Beteiligung zu ermöglichen und so den Dialog zwischen

Bürgerinnen und Bürgern, Politik und Verwaltung zu verbessern. –

wird **abgelehnt**.

7.6.	Würdigung von Preisträgern der Stadt Fraktion Bündnis 90/Die Grünen WV . v. 24.01.2013	A0001/13
------	--	----------

Der Ausschuss K empfiehlt die Beschlussfassung.

Die Ausschüsse KRB und FG empfehlen die Beschlussfassung nicht.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bringt den Antrag A0001/13 ein und bittet um Zustimmung.

Die Vorsitzende des Ausschusses K Stadträtin Meinecke nimmt zur vorliegenden Stellungnahme S0035/13 der Verwaltung Stellung. Dabei merkt sie an, dass der Ausschuss dem Hinweis zum Eike-von-Repkow-Zimmer nicht folgen konnte, da dieses Zimmer immer verschlossen ist und auch ein Hinweisschild am Rathaus fehlt. Sie führt aus, dass bei Berücksichtigung der gegebenen Hinweise der Ausschuss K die Annahme des Antrages A0001/13 empfiehlt.

Der Bürgermeister Herr Dr. Koch schlägt vor, dass Thema im Ausschuss K nochmals zu diskutieren.

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt bringt den GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0001/13 in den Ausschuss K – ein.

Der Vorsitzende der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke unterstützt den GO-Antrag.

Gemäß GO-Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung:

Der Antrag A0001/13 wird in den Ausschuss K überwiesen.

7.7.	Strategie zu Firmen- und Wirtschaftsansiedlungen FDP-Fraktion WV v. 24.01.2013	A0003/13
------	--	----------

Der Ausschuss RWB empfiehlt die Beschlussfassung nicht.

Der Ausschuss FG empfiehlt die Beschlussfassung.

Stadtrat Dr. Hörold, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0003/13 ein und erläutert die Zielstellung.

Der Vorsitzende des Ausschusses RWB Stadtrat Salzborn begründet das Votum des Ausschusses und merkt dabei an, dass der Antrag A0003/13 bereits umgesetzt wird.

Stadtrat Hitzeroth, SPD-Stadtratsfraktion, signalisiert im Namen seiner Fraktion die Zustimmung zum Antrag A0003/13.

Stadträtin Bork, Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei, merkt ebenfalls an, dass die im Antrag A0003/13 geforderten Dinge bereits vom Dezernat III umgesetzt wurden.

Nach eingehender Diskussion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 16 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Beschluss-Nr. 1804-63(V)13

Der Antrag A0003/13 der FDP-Fraktion –

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. dem Stadtrat bis zum 31.03.2013 eine strategische Vorgehensweise vorzulegen, die die Rahmenbedingungen und Handlungsfelder zur weiteren aktiven Ansiedlungspolitik der Stadt im Zeitraum 2013 bis 2015 darstellt,
2. darin die geplanten Aktivitäten terminiert festzulegen sowie die zu erwartenden Effekte einzuschätzen und
3. im Rahmen der zu erarbeitenden Strategie vorzusehen, die Ergebnisse dem Stadtrat periodisch halbjährlich als Information vorzulegen. -

wird **abgelehnt**.

7.8.	Mitwirkung der Bevölkerung bei der Namensgebung von Haltestellen der Magdeburger Verkehrsbetriebe	A0081/12
	FDP-Fraktion WV v. 06.09.2012	

Die Ausschüsse StBV und KRB empfehlen die Beschlussfassung.

Stadtrat Bartelmann, FDP-Fraktion, bringt den Antrag A0081/12 ein.

Gemäß Antrag A0081/12 der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 8 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1805-63(V)13

Die Namensfindung für neu entstehende bzw. umzubenennende Haltestellen der Magdeburger Verkehrsbetriebe (MVB) erfolgt unter Einbeziehung der Bevölkerung der Landeshauptstadt Magdeburg.

Neuanträge

7.9. Verkehrssituation Hängelsbreite A0064/13
 Fraktion CDU/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0064/13 in die Ausschuss StBV- vor.
 Hierzu liegt der Änderungsantrag A0064/13/1 der FDP-Fraktion vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0064/13 wird in den Ausschuss StBV überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0064/13/1 der FDP-Fraktion wird in die Beratung mit einbezogen.

7.10. Fahrbibliothek A0065/13
 Fraktion CDU/BfM

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0065/13 in die Ausschüsse K und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion CDU/BfM **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0065/13 wird in die Ausschüsse K und VW überwiesen.

7.11. Aufwertung Beimsplatz A0067/13
 Interfraktionell

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0067/13 in die Ausschüsse StBV, FG und in den BA SFM - vor.

Gemäß vorliegendem interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0067/13 wird in die Ausschüsse StBV, FG und in den BA SFM überwiesen.

7.12. "30km/h - macht die Straße lebenswert"

A0057/13

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0057/13 in die Ausschüsse StBV, GeSo und UWE – vor.

Stadtrat Rohrßen, SPD-Stadtratsfraktion, spricht sich gegen den GO-Antrag aus.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 17 Jastimmen und 1 Enthaltung:

Der GO-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Überweisung des Antrages A0057/13 in die Ausschüsse StBV, GeSo und UWE – wird **abgelehnt**.

Stadtrat Canehl, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, bringt den Antrag A0057/13 umfassend ein.

Der Stadtrat **beschließt** mehrheitlich, bei 11 Jastimmen und 5 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1806-63(V)13

Der Antrag A0057/13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen –

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadt Magdeburg unterstützt die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „30 km/h – macht die Straßen lebenswert!“, die sich europaweit für eine Ausweitung von Tempo 30 zur regulären Höchstgeschwindigkeit innerorts einsetzt. Die Europäische Bürgerinitiative (EBI) ist ein Volksbegehren auf EU-Ebene, welches von der EU-Kommission bereits im vorigen Jahr zugelassen bzw. registriert wurde.

Ziel der „EBI Tempo 30“ ist es, Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit in allen Ortschaften (Städten und Dörfern) durchzusetzen. Wichtig ist, dass die Kommunen das letzte Wort haben. Wo sie es für sinnvoll halten, sollen sie selber andere Höchstgeschwindigkeiten bestimmen und auf den Strecken ausschildern können. Damit können Hauptverkehrsstraßen mit 50, 60 oder 80 km/h weiterhin angeordnet werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, öffentlich zum Unterschreiben des Volksbegehrens für Tempo 30 aufzurufen und über das Online-Portal der Stadt Magdeburg eine direkte Verlinkung zur Initiative (<http://de.30kmh.eu>) und den Unterschriftenlisten einzurichten. –

wird **abgelehnt**.

- 7.13. Auf dem Weg zur Kulturhauptstadt 2025: Bewerbung um Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019 A0056/13
FDP-Fraktion und Fraktion CDU/BfM
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0056/13 in die Ausschüsse RWB und FG – vor.

Gemäß vorliegenden interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0056/13 wird in die Ausschüsse RWB und FG überwiesen.

- 7.14. Entlastung des EB SFM-Haushaltes A0058/13
FDP-Fraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0058/13 in den BA SFM – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0058/13 wird in den BA SFM überwiesen.

- 7.15. Werbung mit und für die Elbe A0059/13
FDP-Fraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0059/13 in den Ausschuss RWB vor, der durch den Vorsitzenden der Fraktion CDU/BfM Stadtrat Schwenke um den Ausschuss StBV ergänzt wird.

Gemäß ergänztem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0059/13 wird in die Ausschüsse RWB und StBV überwiesen.

7.16. Magdeburger Hochzeitswiese A0060/13
FDP-Fraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0060/13 in den BA SFM und in den Ausschuss KRB – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der FDP-Fraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 1 Gegenstimme:

Der Antrag A0060/13 wird in den BA SFM und in den Ausschuss KRB überwiesen.

7.17. Benennung von Kitas zum Gedenken an den Magdeburger A0048/13
Musiker Reinhard Lakomy
SPD-Stadtratsfraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0048/13 in die Ausschüsse K und Juhi – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0048/13 wird in die Ausschüsse K und Juhi überwiesen.

7.18. Ehrendes Gedenken an Reinhard Lakomy A0050/13
Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0050/13 in die Ausschüsse K, Juhi und in den BA Konservatorium – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0050/13 wird in die Ausschüsse K, Juhi und in den BA Konservatorium überwiesen.

Der vorliegende Änderungsantrag A0050/13/1 der Fraktion CDU/BfM wird in die Beratungen mit einbezogen.

- 7.19. Übernahme von Kostenaufwüchsen der MVB GmbH & Co. KG A0051/13
 durch die LH MD
 Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei und Fraktion Bündnis
 90/Die Grünen
-

Der Antrag A0051/13 wurde im Rahmen der Aktuellen Debatte – TOP 5 – in den Ausschuss VW überwiesen.

- 7.20. Prüfung der Einführung der „Dreck-Weg-App“ A0049/13
 Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0049/13 in die Ausschüsse KRB, FG und VW – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0049/13 wird in die Ausschüsse KRB, FG und VW überwiesen.

- 7.21. Sportarchiv für Magdeburg A0053/13
 SPD-Stadtratsfraktion
-

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0053/13 in die Ausschüsse K, BSS und FG – vor.

Gemäß vorliegendem interfraktionellen GO-Antrag **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0053/13 wird in die Ausschüsse K, BSS und FG überwiesen.

7.22. Schnellere Anpassung der Kita-Software

A0063/13

SPD-Stadtratsfraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0063/13 in den Ausschuss Juhi und in die Aufsichtsgremien der KID GmbH – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Der Antrag A0063/13 wird in den Ausschuss Juhi und in die Aufsichtsgremien der KID GmbH überwiesen.

7.23. Modellprojekte für Jugendarbeit

A0052/13

SPD-Stadtratsfraktion

Es liegt der GO-Antrag – Überweisung des Antrages A0052/13 in den Ausschuss Juhi – vor.

Gemäß vorliegendem GO-Antrag der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Der Antrag A0052/13 wird in den Ausschuss Juhi überwiesen.

7.24. Sicherung der qualifizierten Auswertung der
Forschungsgrabungen im Magdeburger Dom

A0066/13

Interfraktionell

Gemäß interfraktionellem Antrag A0066/13 **beschließt** der Stadtrat einstimmig:

Beschluss-Nr. 1807-63(V)13

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Land in Gespräche einzutreten mit dem Ziel, die derzeitig vorhandene personelle, materielle und räumliche Ausstattung zur Aufarbeitung und Auswertung der Forschungsgrabungen im Magdeburger Dom mindestens solange zu sichern, bis die zukünftige Präsentation dieser Funde in Magdeburg tragfähig und dauerhaft geklärt ist.

7.25. Erhalt der Linden auf dem Domplatz

A0061/13

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Gemäß vorliegendem Änderungsantrag A0061/13/1 der SPD-Stadtratsfraktion **beschließt** der Stadtrat mehrheitlich, bei 17 Jastimmen und 3 Enthaltungen:

1. Die nach der Diskussion und Beschlussfassung im Stadtrat begonnene Umgestaltung des Domplatzes hinsichtlich der Wiederherstellung des barocken Baumzustandes wird fortgesetzt.
2. Hierzu werden die Bäume auf allen Seiten durch kleinere „barocke“ Bäume ersetzt.
3. Wo es fachlich geboten und sinnvoll ist, werden die Bestandsbäume umgepflanzt.

Der Antrag des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt, den Antrag A0061/13 zurückzuziehen, wird von der Vorsitzenden des Stadtrates Frau Wübbenhost mit Hinweis auf den § 11 Abs. 2 der GO SR zurückgewiesen.

Gemäß Antrag A0061/13 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **beschließt** der Stadtrat unter Beachtung des Änderungsantrages A0061/13/1 der SPD-Stadtratsfraktion mehrheitlich, bei 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen:

Beschluss-Nr. 1808-63(V)13

1. Die nach der Diskussion und Beschlussfassung im Stadtrat begonnene Umgestaltung des Domplatzes hinsichtlich der Wiederherstellung des barocken Baumzustandes wird fortgesetzt.
2. Hierzu werden die Bäume auf allen Seiten durch kleinere „barocke“ Bäume ersetzt.
3. Wo es fachlich geboten und sinnvoll ist, werden die Bestandsbäume umgepflanzt.

Persönliche Erklärungen

Der Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 8)**

Stadtrat Stage, future! – Die junge Alternative – gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 9)**

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt eine persönliche Erklärung ab. **(Anlage 10)**

8. Einwohnerfragestunde

Gemäß § 27 Abs. 2 der Gemeindeordnung LSA führt der Stadtrat zwischen 17.00 Uhr und 17.30 Uhr eine Einwohnerfragestunde durch.

Frage einer Bürgerin:

Da ich ja jetzt nur eine Frage stellen kann, geht's mir um, ich hatte zwei Themen eingereicht, Bürgerbeteiligung und Kita-Gebühren, geht's mir dann mehr um das Thema Kita-Gebühren. Der Zeitung konnte man ja entnehmen, dass die Krippenplätze vom Preis her schon drastisch ansteigen sollen und viele Eltern, mit denen ich in Kontakt bin, haben auch das Problem hinsichtlich der Öffnungszeiten und da wäre meine Frage, in wie weit hat die Stadt dort Einflussmöglichkeiten, da viele Krippen wirklich nur bis 17:00 Uhr auf haben. Man versucht schon wohnortnah einen Krippenplatz zu kriegen und kriegt das bei einer Vollzeitstelle fast gar nicht gebacken.

Antwort des Beigeordneten für Soziales, Jugend und Gesundheit Herrn Brüning:

In seiner Beantwortung legt der Beigeordnete Herr Brüning dar, dass die geschilderte Problematik der Öffnungszeiten zwar nicht durch die Verwaltung unmöglich sei zu händeln, sich aber schwierig gestaltet, da die Öffnungszeiten zwischen den Eltern und den Einrichtungen abgestimmt werden. Er verweist auf die bestehende Betreuungszeit von bis zu zehn Stunden und die daran orientierte Bemessung des Personals. Aus diesem Grunde müssten sich Eltern mit den Einrichtungen auch über Beginn und Beendigung der Betreuungszeit verständigen.

Der Beigeordnete Herr Brüning sieht durchaus Möglichkeiten, dass Einrichtungen bis 18.00 Uhr geöffnet sind. Das sei aber jeweils die Entscheidung des Trägers bzw. der Einrichtung. Seitens der Stadt würde diese Anliegen Unterstützung erhalten, hierzu müsste dann die Einrichtung bzw. das Kuratorium sich wegen des möglicherweise entstehenden besonderen Bedarfes an die Landeshauptstadt Magdeburg wenden, um hier im Einzelfall möglicherweise eine Entscheidung herbeizuführen. Insbesondere betont er, dass dieser Einzelfall nicht nur einen Elternteil, sondern mehrere Eltern betreffen müsste.

Mit Hinweis auf den Besuch der Bürgerin in seiner Sprechstunde hinterfragt der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, ob diese nunmehr einen Betreuungsplatz gefunden habe.

Nachfrage

Ich habe aus eigenem Antrieb einen Platz bekommen. Ja.

Bei „Pinocchio“ in der Wilhelm-Külz-Straße. Also, für uns, sage ich mal, ideal, das, was wir eigentlich auch wollten und auch dringend brauchen. Weil, es ist einfach so, ich kann frühestens meinen Arbeitsplatz um 7:30 Uhr beginnen und sicherlich macht die Krippe auch um 6:00 Uhr auf, aber damit ist mir nicht geholfen. Ich muss dann, wenn ich acht Stunden arbeite, habe ich ja noch An- und Abreise, und habe, wie viele andere Muttis auch, Servicezeiten bis 18:00 Uhr, bis 19:00 Uhr, weil ich in der Führungstätigkeit tätig bin und da ist es eben schon schwierig.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

In seinen Ausführungen informiert der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper, dass diese Problematik intensiv diskutiert wurde und verweist auf den bestehenden Rechtsanspruch auf Betreuungszeit bis maximal zehn Stunden.

Dies werde durch die zu entrichtenden Gebühren der Eltern sowie Zuwendungen der Stadt Magdeburg und des Landes finanziert. Wenn ein Einrichtungsträger längere Öffnungszeiten anbieten möchte, kann er dies mit Verschiebungen gruppenweise tun. Er macht auf die bestehende Möglichkeit für einzelne Personen aufmerksam, dass zusätzliche Betreuungszeiten über zehn Stunden hinaus erworben werden können.

Zur Anmerkung der Bürgerin, dass die zehnstündige Betreuungszeit von ihr als ausreichend angesehen wird, schlägt der Oberbürgermeister vor, eine gruppenweise Verschiebung zu prüfen.

Abschließend gibt die Bürgerin den Hinweis auf die in der Presse veröffentlichte Öffnungszeit bis 20.00 Uhr und merkt an, dass keiner sein Kind länger in der Krippe lassen möchte als unbedingt nötig, aber es für viele eben ein echter Kraftakt sei.

Frage eines Bürgers:

Ich möchte gerne wissen, ob der Antrag der GWA Werder zur Elbquerung zur Anbindung des Stadtteils Werder bearbeitet wird und wenn, wo und wann. Zum Hintergrund vielleicht noch ganz kurz. Wir haben am 20. März Frau Baumgart vom Stadtplanungsamt eingeladen und sie hat uns dort die Vorstellung nach dem Stadtratsbeschluss vorgetragen und im Anschluss hat sich dann einen, diesen Antrag, den wir dann hier an die Stadt geschickt haben über Frau Ilona Hesse und unsere Sprecherin, haben wir den dort also dann vorgetragen, sodass also Frau Baumgart die erste war, die also nun von unseren Vorstellungen da Kenntnis genommen hat.

Antwort des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper informiert, dass er zum Anliegen des Bürgers bereits eine schriftliche Beantwortung vorgenommen hat, welche bereits auf dem Postweg sei. Er versichert, dass zu jeder aufgeworfenen Frage eine ausführliche Antwort seitens der Verwaltung vorgenommen wurde.

9. Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Aufgrund der aktuellen Debatte erfolgt die Beantwortung der vorliegenden Anfragen schriftlich durch die Verwaltung.

Aufgrund der Aktuellen Debatte erfolgt die Beantwortung zu den vorliegenden Anfragen schriftlich durch die Verwaltung.

10. Informationsvorlagen

Die vorliegenden Informationen unter TOP 10.1 – 10.8 werden zur Kenntnis genommen.

10.1. Jahresbericht des Behindertenbeauftragten für das Jahr 2012

I0071/13

Der Behindertenbeauftragte der Landeshauptstadt Magdeburg erhält das Rederecht und gibt seine Stellungnahme zum Jahresbericht 2012 anhand einer Präsentation ab. **(Anlage 11)**

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Beate Wübbenhorst
Vorsitzende des Stadtrates

Silke Luther
Protokollantin

- Anlage 1 – Stellungnahme der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 5
- Anlage 2 – Stellungnahme der Fraktion DIE LINKE/Tierschutzpartei zum TOP 5
- Anlage 3 – Stellungnahme der Fraktion CDU/BfM zum TOP 5
- Anlage 4 – Stellungnahme der SPD-Stadtratsfraktion zum TOP 5
- Anlage 5 – Stellungnahme der FDP-Fraktion zum TOP 5
- Anlage 6 – Stellungnahme des Stadtrates Wendenkampf, future! – Die junge Alternative zum TOP 5
- Anlage 7 – Stellungnahme des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zum TOP 5
- Anlage 8 – Persönliche Erklärung des Vorsitzenden der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Stadtrat Wähnelt zum TOP 7.25 – A0061/13
- Anlage 9 – Persönliche Erklärung des Stadtrates Stage, future! – Die junge Alternative zum TOP 7.25 – A0061/13
- Anlage 10 – Persönliche Erklärung des Oberbürgermeisters Herrn Dr. Trümper zum TOP 7.25 – A0061/13
- Anlage 11 - Stellungnahme des Behindertenbeauftragten Herrn Pischner zum TOP 10.1

Anwesend:

Vorsitzende/r

Wübbenhorst, Beate

Mitglieder des Gremiums

Bartelmann, Gregor

Biedermann, Ursula

Bock, Andreas Dr.

Boeck, Hugo

Bork, Jana

Bromberg, Hans-Dieter

Canehl, Jürgen

Danicke, Martin

Fassl, Josef

Gärtner, Matthias

Grünewald, Mario

Häusler, Gerhard

Hein, Rosemarie Dr.

Heller, Werner

Herbst, Sören Ulrich

Heynemann, Bernd

Hitzeroth, Jens

Hoffmann, Martin

Hoffmann, Michael

Hofmann, Andrea

Höroid, Helmut Dr.

Kraatz, Daniel

Krause, Bernd

Kutschmann, Klaus Dr.

Lischka, Burkhard

Meinecke, Karin

Meinecke, Walter

Meister, Olaf

Meyer, Steffi

Müller, Oliver

Nordmann, Sven

Rohrßen, Martin

Rösler, Jens

Salzborn, Hubert

Schindehütte, Gunter

Schoenberner, Hilmar

Schumann, Carola

Schuster, Frank

Schuster, Hans-Jörg

Schwenke, Wigbert

Stage, Mirko

Stern, Reinhard

Szydzick, Claudia

Theile, Frank

Trümper, Lutz Dr.

Tybora, Jacqueline

Wähnelt, Wolfgang

Wendenkampf, Oliver A. Dipl. Biol.

Zimmer, Monika

Geschäftsführung

Luther, Silke

Abwesend

Ansorge, Jens

Boeck, Helga

Czogalla, Olaf

Giefers, Thorsten

Guderjahn, Marcel

Reppin, Bernd

Schumann, Andreas